

Bürgerhaushalt 2012

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Bürgerhaushalt 2012
Thema:
Sparen
(zum Gesamthaushalt)

Sparen (andere Themen)

Rang Vorsch. Nr. Überschrift

2 116 Sonnenenergie nutzen - Dachflächen nutzen

Vorschlagstext

in Anlehnung an Vorschläge aus anderen Kommunen: Für die Dachflächen der vielen Immobilien der Stadt Köln könnte überprüft werden, ob diese mit Sonnenkollektoren ausgestattet und die Stadt so ihren eigenen Stromverbrauch decken könnte oder aber, ob Sonnenkollektoren vermietet / verpachtet werden können.

Anzahl Stimmen:

Pro	Contra	Pro / Contra
207	11	196

Ausschuss

BGW

Bezirk

Gesamt Köln

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids:

Die solare Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen muss sich in erster Linie wirtschaftlich darstellen lassen. Es ist dazu erforderlich, dass sich die anfallenden Investitions- und Betriebskosten einer Photovoltaikanlage innerhalb eines angemessenen Zeitraumes amortisieren. Dieser Zeitraum wird in der Regel auf 20 Jahre begrenzt, da nur für diesen Zeitraum durch den Gesetzgeber eine festgelegte Vergütung für den erzeugten und in das öffentliche Netz eingespeisten Strom durch den örtlichen Stromlieferanten gesichert vergütet wird.

Die Eigennutzung des solar erzeugten Stroms z. B. in Schulen selbst und damit entsprechende Einsparung andernfalls einzukaufenden Stroms ist bei den Konditionen für den städtischen Strombezug noch nicht wirtschaftlich. Bei Neubauten der städtischen Gebäude durch die Gebäudewirtschaft wird die Installation von Photovoltaikanlagen in Eigenregie geprüft und in der Regel auch realisiert. Darüber hinaus verpachtet die Stadt seit bereits mehr als 10 Jahren Dächer städtischer Gebäude, bevorzugt von Schulen, an externe private Investoren zur Installation von PV-Anlagen. Seit einem Jahr werden die hierfür geeigneten und verfügbaren Dächer auch auf der Internetseite der Stadt Köln angeboten.

Aus Sicht der Verwaltung wird der Vorschlag bereits umgesetzt bzw. in Teilen ist eine Umsetzung derzeit nicht möglich.

Stellungnahme der Bezirke zur Vorbereitung des Ratsentscheids:

Innenstadt

Abweichend vom Beschlussvorschlag der Verwaltung wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet den Rat, die nachstehenden Protokollnotizen zur Kenntnis zu nehmen:

Siehe zu Thema „Kinder/Jugend“ Rang 11, 20.

Siehe zu Thema „Kultur“ Rang 12 und 14, 15 und 22, 17.

Siehe zu Thema „Wirtschaftsförderung“ Rang 3, 11, 18, 20, 25.

Siehe zu Thema „Sparen (zum Gesamthaushalt)“ Rang 12, 17, 19, 21, 23, 24.

Darüber hinaus nimmt sie sowohl die Bürgervorschläge als auch das jeweilige Votum der Verwaltung zur Kenntnis.

Rodenkirchen

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Lindenthal

Die Bezirksvertretung fasst folgenden geänderten Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal stimmt den Vorschlägen der Bürger zu und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der Vorschläge. Gleichzeitig bittet die Bezirksvertretung den Rat, even-tuell bereits

gefasste gegensätzliche Einzelbeschlüsse in diesem Sinne zu überdenken.

Ehrenfeld

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Nippes

Die Bezirksvertretung Nippes folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Chorweiler

Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Porz

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Porz folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Kalk

Die Bezirksvertretung Kalk folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Mülheim

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Sparen (andere Themen)

Rang Vorschl. Nr. Überschrift

4 14 Kontrolle der Kosten bei den unterschiedlichen Bauvorhaben

Vorschlagstext

Man erlebt es immer wieder, dass der Kostenrahmen bei diversen Bauvorhaben überschritten wird. Das beginnt bereits bei der den Bietern, wo (prinzipiell ?) der Billigste genommen wird. Oft wird die Bonität nicht entsprechende geprüft, sodass der Bieter u.U. bald das Handtuch wirft. Oder es entstehen Nachforderungen, weil ohne Sorgfalt geplant wurde. Hier sollte also der Hebel angesetzt werden, um Nachträge zu vermeiden. Schliesslich ist es Steuergeld, das hier verbaut wird!

Anzahl Stimmen:

Pro	Contra	Pro / Contra
176	12	164

Ausschuss

Bezirk

BGW

Gesamt Köln

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids:

Die Gebäudewirtschaft ist primär zuständig für die ordnungsgemäße bauliche Unterhaltung der in ihrem Sondervermögen befindlichen Immobilien, insbesondere der Schulen und Kindertagesstätten. Darüber hinaus ist die Gebäudewirtschaft Serviceleister für städtische Dienststellen bei der Planung und Bauausführung investiver Hochbaumaßnahmen.

Die Planung und Ausführung städtischer Bauvorhaben vollzieht sich nach den hierzu vom Rat der Stadt Köln beschlossenen Verfahrensrichtlinien, in denen die Beteiligungen und Entscheidungsbefugnisse der Fachausschüsse und des Rates in den verschiedenen Phasen eines Projektes festgelegt sind.

Grundlage für jede Planung ist ein dezidiertes Planungsauftrag durch die Fachdienststelle an die Gebäudewirtschaft. Je präziser hierin die Planungsinhalte z.B. durch Raumprogramme, Ausbaustandards usw. definiert werden, umso mehr minimieren sich in den späteren Projektphasen die Risiken von Kostensteigerungen.

Die einzelnen Planungsphasen werden mit entsprechenden Kostenermittlungen abgeschlossen und durch das Rechnungsprüfungsamt und das stadtinterne Investitionscontrolling kritisch begleitet. Hierbei ist zu beachten, dass der Genauigkeitsgrad der jeweiligen Kostenermittlung von der Tiefe des jeweiligen Planungsstands abhängig ist. Dies ist auch in den einschlägigen DIN-Vorschriften (DIN 276) näher erläutert. Abgeschlossene Planungen und hierauf basierende konkrete und geprüfte Kostenermittlungen sind dann die Grundlage für die Entscheidungen der zuständigen politischen Gremien zum Baubeginn.

Die sich hieran anschließenden Vergaben von Bauleistungen erfolgen nach den hierfür geltenden gesetzlichen Bestimmungen der Vergabeordnung für die Vergabe öffentlicher Bauleistungen (VOB), wobei nach sorgfältigster Auswertung aller Bietergebote das wirtschaftlich günstigste Angebot zu berücksichtigen ist. Eine Abweichung hiervon ist nach den öffentlichen Vergabebestimmungen nur in zwingend begründeten Ausnahmefällen möglich. Ansonsten sind Vergabebeschwerden zu erwarten, die zur Aufhebung von Ausschreibungen und Schadenersatzansprüchen führen können.

Die Risiken von Firmeninsolvenzen sind im Vorfeld einer Auftragsvergabe trotz der erfolgenden sorgfältigsten Angebotsprüfungen nicht auszuschließen.

Bei der Auftragsvergabe richtet sich die Verwaltung nach den rechtlichen Vorgaben. Der Intention des Vorschlags wird somit bereits Rechnung getragen.

Stellungnahme der Bezirke zur Vorbereitung des Ratsentscheids:

Innenstadt

Abweichend vom Beschlussvorschlag der Verwaltung wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet den Rat, die nachstehenden Protokollnotizen zur Kenntnis zu nehmen:

Siehe zu Thema „Kinder/Jugend“ Rang 11, 20.

Siehe zu Thema „Kultur“ Rang 12 und 14, 15 und 22, 17.

Siehe zu Thema „Wirtschaftsförderung“ Rang 3, 11, 18, 20, 25.

Siehe zu Thema „Sparen (zum Gesamthaushalt)“ Rang 12, 17, 19, 21, 23, 24.

Darüber hinaus nimmt sie sowohl die Bürgervorschläge als auch das jeweilige Votum der Verwaltung

zur Kenntnis.

Rodenkirchen

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Lindenthal

Die Bezirksvertretung fasst folgenden geänderten Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal stimmt den Vorschlägen der Bürger zu und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der Vorschläge. Gleichzeitig bittet die Bezirksvertretung den Rat, eventuell bereits gefasste gegensätzliche Einzelbeschlüsse in diesem Sinne zu überdenken.

Ehrenfeld

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Nippes

Die Bezirksvertretung Nippes folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Chorweiler

Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Porz

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Porz folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Kalk

Die Bezirksvertretung Kalk folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Mülheim

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Sparen (andere Themen)

Rang Vorschl. Nr. Überschrift

10 253 80 % Strom sparen - und mehr! Umstellung auf LED Leuchtmittel

Vorschlagstext

Vorab: LED ist heute die effizienteste Beleuchtung die es gibt. Bis 80 % Stromersparnis zu herkömmlichen Glühlampen und die bis zu 30 fache Lebensdauer zu einer 'Normalglühlampe. Selbst beim Wechsel von Halogen bzw. PL(Energiesparlampen) auf LED ergeben sich hohe finanzielle Vorteile. Heute werden LED Lampen nicht nur in der Industrie eingesetzt. Es gibt eine Vielzahl von guten LED Leuchten für den "Normalgebrauch" E 14, E 27, GU 10 usw. Auch die Umrüstung von Leuchtstoffröhren auf LED ist sehr interessant. (Straßen - Bergheim macht es vor!) Ein auch nicht ganz unwichtiger Aspekt beim Sparen ist die gesparte Zeit des Auswechselns der Glühlampen. Mir ist nicht bekannt, ob die Stadt externe Facility Manager (war mal Hausmeister) beschäftigt. Hier kann man viel einsparen durch den Wechsel. Beispielrechnung Ersparnis bei einer Normalglühlampe auf LED - Glühlampe LED, Leistung 40 Watt 8 Watt, Anschaffungspreis 0,50 € 17 €, Strompreis 21 Cent/kWh, Brenndauer täglich 5 Stunden, Anzahl Glühlampen 1.000 Stück, Lebensdauer je Lampe 1.000 Stunden 30.000 Stunden, Lebensdauer bei 5 Std/tägl. 0,55 Jahre 16,44 Jahre, Tägl. Stromverb. 200 kWh 40 kWh, jährl. Energiekosten 15.330 € 3.066,00 €, Energieersparnis/Jahr 12.264,00 €, die Laufzeit von 30.000 Stunden (Lebensdauer LED) entspricht 3,42 Jahre, Anschaffungskosten bei 30.000 Std. 15.000 € 17.000 €, (Nachkauf Normallampe hält nur 1.000h), Stromkosten bei 30.000h 252.000 € 50,400 €, Gesamtkosten 267.000 € 67.400 €, Kostenersparnis bei einer Laufzeit von 30.000 Stunden (also wenn die letzte LED ausgeht!!), 199.600 Euro. Selbst wenn die Stadt einen günstigeren Preis von 0,21 Ct. bei Rheinenergie zahlt, die Ersparnis ist immer noch sehr hoch. Hier wurde nur 1.000 Glühlampen gerechnet. Der Bedarf der Stadt ist sicher viel viel höher, die Ersparnis geht über die Million. Jetzt passiert natürlich Folgendes: Die Stadt wie alle Kommunen haben ein Budget für Neuinvest und (das ist das Thema!!)INSTANDHALTUNG. Hier budgetiert man lieber den alten Mist und die Dienstleistung - weil man die ja kennt aus den vergangenen Jahren- und hat kein Budget für die in der Anschaffung teuren LEDS. Rein wirtschaftlich könnte die Stadt das aber drehen - bedarf aber mal bisschen Initiative und betriebswirtschaftliches Denken. Die Lösung ist eben Budgets verschieben und/oder die LEDS leasen. Dann fallen Sie in die Kosten. So einfach geht das. !

Anzahl Stimmen:

Pro	Contra	Pro / Contra
136	14	122

Ausschuss

BGW

Bezirk

Gesamt Köln

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids:

In dem Vorschlag wird die LED Beleuchtung als effizienteste Beleuchtung angeführt (LED = Licht emittierende Diode). Viele Kriterien entscheiden über die Effizienz einer Beleuchtungsanlage. Hierzu gehört neben dem Gesamtwirkungsgrad der Leuchte (Geometrie, Reflektoren, etc.) auch die Energieausbeute, gemessen in der Einheit Lumen/ Watt. Bei Glühlampen werden gerade 10-15 Lumen/ Watt erreicht, während bei handelsüblichen Leuchtstoffröhren dieser Wert bei rund 90 – 100 Lumen/ Watt liegt. Heutige LED Lampen erreichen ebenfalls eine Ausbeute von rund 80-100 Lumen/Watt. Viele Leuchten erzielen jedoch bei Einsatz von Leuchtstoffröhren einen höheren Leuchtenwirkungsgrad als mit LED bestückte Leuchten.

Allerdings handelt es sich hierbei um eine Technik, die einer rasanten Entwicklung unterliegt. Auch in der Planung städtischer Gebäude werden in ersten Projekten bereits LED-Leuchten in Fluren und Sanitärbereichen geplant. In diesen Bereichen sind die Anforderungen an die Beleuchtungsstärke mit LED energieeffizient umsetzbar. In anderen Raumbereichen mit höheren Anforderungen an die Sehaufgabe (Klassenzimmer, Büro, Arbeitsplatz) ist dies jedoch mit LED gegenüber Leuchtstoffröhren noch nicht erreichbar.

Der Ansatz, Glühbirnen durch LED- Lampen ersetzen zu können, trifft allerdings bei den städtischen Gebäuden nicht zu, da nahezu keine Glühlampen mehr im Einsatz sind. Die Beleuchtung der öffentlichen Gebäude erfolgt im Wesentlichen über Leuchtstoffröhren, die nach obiger Darstellung derzeit die effizienteste Methode darstellen.

Der Intention des Vorschlags wird bereits unter Berücksichtigung von Effizienz und Wirtschaftlichkeit

Rechnung getragen.

Stellungnahme der Bezirke zur Vorbereitung des Ratsentscheids:

Innenstadt

Abweichend vom Beschlussvorschlag der Verwaltung wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet den Rat, die nachstehenden Protokollnotizen zur Kenntnis zu nehmen:

Siehe zu Thema „Kinder/Jugend“ Rang 11, 20.

Siehe zu Thema „Kultur“ Rang 12 und 14, 15 und 22, 17.

Siehe zu Thema „Wirtschaftsförderung“ Rang 3, 11, 18, 20, 25.

Siehe zu Thema „Sparen (zum Gesamthaushalt)“ Rang 12, 17, 19, 21, 23, 24.

Darüber hinaus nimmt sie sowohl die Bürgervorschläge als auch das jeweilige Votum der Verwaltung zur Kenntnis.

Rodenkirchen

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Lindenthal

Die Bezirksvertretung fasst folgenden geänderten Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal stimmt den Vorschlägen der Bürger zu und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der Vorschläge. Gleichzeitig bittet die Bezirksvertretung den Rat, even-tuell bereits gefasste gegensätzliche Einzelbeschlüsse in diesem Sinne zu überdenken.

Ehrenfeld

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Nippes

Die Bezirksvertretung Nippes folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Chorweiler

Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Porz

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Porz folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Kalk

Die Bezirksvertretung Kalk folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Mülheim

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Sparen (andere Themen)

Rang Vorschl. Nr. Überschrift

12 285 Nutzung oder Vermietung von Dachflächen zur Energiegewinnung

Vorschlagstext

Die großen Dachflächen der Kölnmesse und des Stadthauses Deutz bieten eine ideale Fläche zur Nutzung von Photovoltaikanlagen für die Stromerzeugung. Dieser könnte zur Eigennutzung für die vielen PC's dienen. Sofern dies aktuell eine zu große Investition bedeutet, sollte man diese Flächen für eine entsprechende Nutzung zum Beispiel an die Rheinenergie verpachten, wie es ja schon mit Schuldächern geschieht.

Anzahl Stimmen:

Pro	Contra	Pro / Contra
125	13	112

Ausschuss

BGW

Bezirk

Innenstadt

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids:

Die solare Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen muss sich in erster Linie wirtschaftlich darstellen lassen. Es ist dazu erforderlich, dass sich die anfallenden Investitions- und Betriebskosten einer Photovoltaikanlage innerhalb eines angemessenen Zeitraumes amortisieren. Dieser Zeitraum wird in der Regel auf 20 Jahre begrenzt, da nur für diesen Zeitraum durch den Gesetzgeber eine festgelegte Vergütung für den erzeugten und in das öffentliche Netz eingespeisten Strom durch den örtlichen Stromlieferanten gesichert vergütet wird.

Die Eigennutzung des solar erzeugten Stroms z. B. in Schulen selbst und damit entsprechende Einsparung andernfalls einzukaufenden Stroms ist bei den Konditionen für den städtischen Strombezug noch nicht wirtschaftlich. Bei Neubauten der städtischen Gebäude durch die Gebäudewirtschaft wird die Installation von Photovoltaikanlagen in Eigenregie geprüft und in der Regel auch realisiert. Darüber hinaus verpachtet die Stadt seit bereits mehr als 10 Jahren Dächer städtischer Gebäude, bevorzugt von Schulen, an externe private Investoren zur Installation von PV-Anlagen. Seit einem Jahr werden die hierfür geeigneten und verfügbaren Dächer auch auf der Internetseite der Stadt Köln angeboten.

Aus Sicht der Verwaltung wird der Vorschlag bereits umgesetzt bzw. in Teilen ist eine Umsetzung derzeit nicht möglich.

Stellungnahme der Bezirke zur Vorbereitung des Ratsentscheids:

Innenstadt

Abweichend vom Beschlussvorschlag der Verwaltung wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet den Rat, die nachstehenden Protokollnotizen zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Reiferscheid erwartet, dass die Verwaltung ihre Stellungnahme nacharbeitet und auch auf die Frage nach den Dachflächen der KölnMesse und des Stadthauses eingeht.

Darüber hinaus nimmt sie sowohl die Bürgervorschläge als auch das jeweilige Votum der Verwaltung zur Kenntnis.

Sparen (andere Themen)

Rang Vorschl. Nr. Überschrift

14 514 Windkraft- und Solaranlagen auf städtischen Dienstgebäuden

Vorschlagstext

Die Energiekosten der Stadtverwaltung können gesenkt werden, wenn die Dächer oder sonstige geeignete Flächen der städtischen Dienstgebäude intensiv und konsequent zur Gewinnung von Wind- und Solarenergie genutzt werden. Ganz besonders geeignet zur Gewinnung von Windenergie wären sicher die hohen und riesigen Dachflächen des Stadthauses Deutz (West- sowie Ostgebäude). Darauf könnte man gewiss mehrere Windkraftanlagen bzw. Rotoren errichten. Ebenfalls sehr gut geeignet ist die Dachfläche des Stadthauses Chorweiler. Aufgrund der freistehenden Lage und Höhe dieser Gebäude mit entsprechender Dauer-Windigkeit dürfte dort an den meisten Tagen des Jahres eine stetige Energiegewinnung sichergestellt sein. Zu prüfen wäre auch, ob auf den Gebäuden der Bezirksämter ebenfalls ein wirtschaftlicher Betrieb von Windkraftanlagen möglich ist. Die Bezirksämter Lindenthal und Mülheim könnten hier als erste in Betracht kommen. Selbst das Rathaus sollte nicht von vorn herein von einer ernsthaften Prüfung ausgeschlossen werden. Sehr geeignet für den Dachbetrieb sind sogenannte Darrius-Rotoren mit vertikaler Rotationsachse, die es in den verschiedensten Größen und Varianten gibt. Alternativ könnten die Dächer, bei entsprechender Sonneneinstrahlung aber auch bestimmte Flanken, städtischer Gebäude mit Solarpaneelen bestückt werden zur Gewinnung von Strom oder Warmwasser. Die Errichtung solcher Anlagen wird, soweit mir bekannt ist, durch den Bund und /oder das Land NRW finanziell gefördert. Zugleich kann die Stadt Köln damit auch ein wichtiges politisches Signal setzen und Vorbild sein in Sachen Energieeinsparung und Energiegewinnung.

Anzahl Stimmen:

Pro	Contra	Pro / Contra
112	9	103

Ausschuss

BGW

Bezirk

Gesamt Köln

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids:

Die dezentrale Windenergienutzung sieht sich heute einem noch unübersichtlichen Markt, einer Vielzahl unterschiedlicher Anlagentypen mit manchmal sehr schlechtem Leistungsverhalten, geringer Effizienz und schlechter Qualität gegenüber. Kleine Windräder können wirtschaftlich arbeiten, häufig ist aber das Gegenteil der Fall. Problem Nummer eins ist der Wind, der abhängig vom Standort einen spezifischen Ertrag bringt. Erst ab einer Windgeschwindigkeit von im Schnitt sieben Metern pro Sekunde lohnt sich nach Expertenmeinung ein Betrieb. Da jedoch im Jahresmittel auch bei höherer Lage kaum von mehr als 3 Metern pro Sekunde auszugehen ist, bleibt damit die erreichbare Stromerzeugung marginal und der Aufwand und Ertrag stehen in keinem vernünftigen Verhältnis zueinander. Insofern stellt dezentrale Stromerzeugung durch Windenergienutzung keinen Beitrag zur Energiekostensenkung der Kommune dar.

Die solare Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen muss sich in erster Linie wirtschaftlich darstellen lassen. Es ist dazu erforderlich, dass sich die anfallenden Investitions- und Betriebskosten einer Photovoltaikanlage innerhalb eines angemessenen Zeitraumes amortisieren. Dieser Zeitraum wird in der Regel auf 20 Jahre begrenzt, da nur für diesen Zeitraum durch den Gesetzgeber eine festgelegte Vergütung für den erzeugten und in das öffentliche Netz eingespeisten Strom durch den örtlichen Stromlieferanten gesichert vergütet wird. Die Eigennutzung des solar erzeugten Stroms in der Schule selber und damit entsprechende Einsparung andernfalls einzukaufenden Stroms ist bei den städtischen Strombezugsbedingungen noch nicht wirtschaftlich. Bei Neubauten der städtischen Gebäude durch die Gebäudewirtschaft wird die Installation von Photovoltaikanlagen in Eigenregie geprüft und in der Regel auch realisiert. Darüber hinaus verpachtet die Stadt seit bereits mehr als 10 Jahren Dächer städtischer Gebäude, bevorzugt von Schulen, an externe private Investoren zur Installation von PV-Anlagen. Seit einem Jahr werden die hierfür geeigneten und verfügbaren Dächer auch auf der Internetseite der Stadt Köln angeboten..

Aus Sicht der Verwaltung wird der Vorschlag bereits umgesetzt bzw. in Teilen ist eine Umsetzung derzeit nicht möglich.

Stellungnahme der Bezirke zur Vorbereitung des Ratsentscheids:

Innenstadt

Abweichend vom Beschlussvorschlag der Verwaltung wird folgender Beschluss gefasst:
Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet den Rat, die nachstehenden Protokollnotizen zur Kenntnis zu nehmen:

Siehe zu Thema „Kinder/Jugend“ Rang 11, 20.

Siehe zu Thema „Kultur“ Rang 12 und 14, 15 und 22, 17.

Siehe zu Thema „Wirtschaftsförderung“ Rang 3, 11, 18, 20, 25.

Siehe zu Thema „Sparen (zum Gesamthaushalt)“ Rang 12, 17, 19, 21, 23, 24.

Darüber hinaus nimmt sie sowohl die Bürgervorschläge als auch das jeweilige Votum der Verwaltung zur Kenntnis.

Rodenkirchen

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Lindenthal

Die Bezirksvertretung fasst folgenden geänderten Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal stimmt den Vorschlägen der Bürger zu und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der Vorschläge. Gleichzeitig bittet die Bezirksvertretung den Rat, eventuell bereits gefasste gegensätzliche Einzelbeschlüsse in diesem Sinne zu überdenken.

Ehrenfeld

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Nippes

Die Bezirksvertretung Nippes folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Chorweiler

Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Porz

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Porz folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Kalk

Die Bezirksvertretung Kalk folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Mülheim

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Sparen (andere Themen)

Rang Vorschl. Nr. Überschrift

16 211 Erneuerbare Energien nutzen.

Vorschlagstext

Um zu sparen muss erstmal investiert werden. Alle städtischen Gebäude (Schulen, Polizei, Jugendzentren, Feuerwehr, Ämter, Gerichte etc.) sollten nach und nach saniert werden. Ich weiss zwar nicht wieviel Energie- und Wasserkosten die Stadt Köln jeden Monat zu zahlen hat, aber es könnte eine Menge an Energie und Wasserkosten gespart werden wenn bei der Sanierung Sonnenkollektoren und Regenwasserauffanganlagen mit eingebaut werden. Überschüssiger Strom könnte sogar verkauft werden. Auch sollte sich die RheinEnergie als Sponsor für solche Projekte (zumindest für Schulen und Krankenhäuser) viel mehr einsetzen und auftreten. Kassiert wird ja reichlich.....

Anzahl Stimmen:

Pro	Contra	Pro / Contra
110	9	101

Ausschuss

BGW

Bezirk

Gesamt Köln

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids:

Im Fall städtischer Neubauvorhaben der Gebäudewirtschaft ist der Einsatz regenerativer Energien immer zu überprüfen. Das wird durch die „Energieleitlinien der Stadt Köln“ so gefordert. In jedem Fall ist jedoch eine Wirtschaftlichkeit unter Beweis zu stellen. Die Erwärmung von Trinkwasser durch Solarenergie ist hierbei aufgrund des in der Regel zu geringen Warmwasserbedarfs in Schulen (Turnhallen) nicht wirtschaftlich zu realisieren. Hier wird der Erzeugung von Strom durch Photovoltaik Vorrang eingeräumt (siehe auch Stellungnahme zu Rang 2, Vorschl. Nr. 116).

Regenwassernutzung kommt nur in Frage für Toilettenspülung, Waschmaschine, Grünflächenbewässerung u.ä. Auch dies ist in der Regel nicht wirtschaftlich für städtische Gebäude, da der dafür erforderliche Aufwand (z.B. zweites Wasserleitungssystem) durch die Einsparungen nicht kompensiert werden kann. Im Fall von Sanierungen trifft dies in noch höherem Maß zu, da hier die vorhandene Infrastruktur darüber hinaus (kein Platz) die Sachlage zusätzlich erschwert.

Aus Sicht der Verwaltung sollte der Umsetzung des Vorschlags nicht gefolgt werden, da dies nicht wirtschaftlich wäre.

Stellungnahme der Bezirke zur Vorbereitung des Ratsentscheids:

Innenstadt

Abweichend vom Beschlussvorschlag der Verwaltung wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet den Rat, die nachstehenden Protokollnotizen zur Kenntnis zu nehmen:

Siehe zu Thema „Kinder/Jugend“ Rang 11, 20.

Siehe zu Thema „Kultur“ Rang 12 und 14, 15 und 22, 17.

Siehe zu Thema „Wirtschaftsförderung“ Rang 3, 11, 18, 20, 25.

Siehe zu Thema „Sparen (zum Gesamthaushalt)“ Rang 12, 17, 19, 21, 23, 24.

Darüber hinaus nimmt sie sowohl die Bürgervorschläge als auch das jeweilige Votum der Verwaltung zur Kenntnis.

Rodenkirchen

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Lindenthal

Die Bezirksvertretung fasst folgenden geänderten Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal stimmt den Vorschlägen der Bürger zu und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der Vorschläge. Gleichzeitig bittet die Bezirksvertretung den Rat, even-tuell bereits gefasste gegensätzliche Einzelbeschlüsse in diesem Sinne zu überdenken.

Ehrenfeld

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Die Bezirksvertretung Nippes folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Chorweiler

Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Porz

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Porz folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Kalk

Die Bezirksvertretung Kalk folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

Mülheim

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.